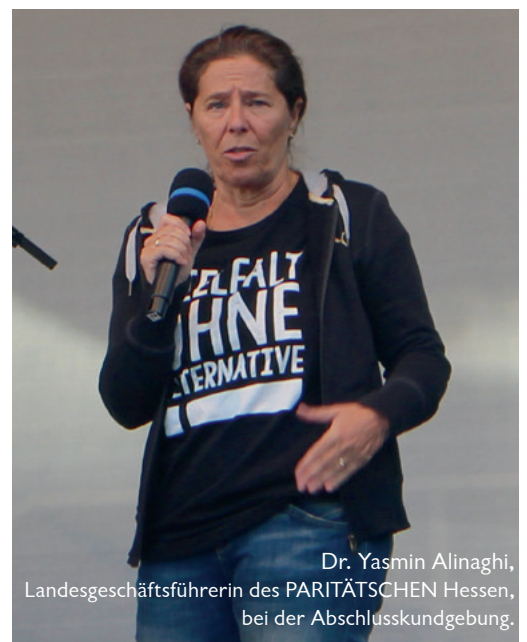




## Mehr als 8000 demonstrieren in Frankfurt

„Wohnungspolitik ist Sozialpolitik und die Versorgung mit menschenwürdigem Wohnraum darf nicht dem Markt überlassen werden. Profitinteressen dürfen nicht die Politik bestimmen.“ Mit dieser Kernforderung hatte das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen zur hessenweiten Demonstration aufgerufen, und eine Woche vor der Landtagswahl gingen in Frankfurt mehr als 8000 Menschen auf die Straße. Das breite zivilgesellschaftliche Bündnis hatte der PARITÄ-

TISCHE Hessen im Frühsommer angestoßen und gut 40 Organisationen schlossen sich daraufhin zusammen, darunter Mieter\*inneninitiativen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Studierendenvertretungen und andere Gruppen, die für ein solidarisches Miteinander eintreten. Mit der Großdemonstration appellierten sie eindringlich an Bund, Land und Kommunen, den Kurs in der Wohnungspolitik radikal zu ändern. bhe/Fotos: Michael Keger



Dr. Yasmin Alinaghi,  
 Landesgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN Hessen,  
 bei der Abschlusskundgebung.

# „Es klemmt an allen Ecken und Enden“

In Hessen gibt es nur noch halb so viele Sozialwohnungen wie vor 20 Jahren. In Ballungsräumen zu leben, wird für immer mehr Menschen unerschwinglich, während im ländlichen Raum Leerstand und fehlende soziale Infrastruktur die Probleme sind - um die desolante Situation auf dem Wohnungsmarkt und um mögliche Lösungen ging es beim Fachtag „Wohnen ist Menschenrecht“ des PARITÄTISCHEN Hessen in Frankfurt.

Texte: Barbara Helfrich, Fotos: Ramin Mohabat



Frau E. lebt mit ihren drei Kindern, drei, fünf und neun Jahre alt, seit 16 Monaten in einem zwölf Quadratmeter kleinen Zimmer in einem Frauenhaus in Südhessen. Frau E. ist flexibel, würde überall in Hessen hinziehen. Doch ihre Wohnungssuche ist seit einem Jahr erfolglos. Oft sind Kinder unerwünscht. Und auch, weil sie noch keine Arbeit hat und erst noch besser Deutsch lernen will, bekomme sie Absagen, erzählte Frau E. beim Fachtag des PARITÄTISCHEN Hessen vor 120 Teilnehmenden.

Weil Frau E. und andere Bewohnerinnen nicht ausziehen können, muss das südhessische Frauenhaus inzwischen Dreiviertel aller Hilfesuchenden abweisen. Andere Frauen gehen zu ihren gewalttätigen Männern zurück, weil sie das beengte Leben im Frauenhaus nicht länger aushalten. „Der Wohnungsmangel gefährdet die Nachhaltigkeit unserer Arbeit“, sagte auch Ilona Geupel, langjährige Mitarbeiterin im Frauenhaus Wetterau, wo die Probleme denen in Südhessen gleichen: „Die Frauen fin-

den keinen Zufluchtsort und die Kinder können nicht einmal Freunde einladen, weil die Adresse des Frauenhauses aus Sicherheitsgründen geheim bleiben muss.“

„Es ist eine Spirale“, berichtete auch Ralf Pretz, Geschäftsführer des Vereins Haftentlassenenhilfe e.V. mit Sitz in Frankfurt: „Haftentlassene finden auf dem freien Markt keine Wohnungen mehr, unsere Projektwohnungen sind dadurch verstopft.“ Viele Betroffene würden in dieser Situation wieder straffällig. Besserung ist nicht in Sicht, ganz im Gegenteil: Von seinen 20 Wohnungen wird der Verein Haftentlassenenhilfe e.V. im nächsten Jahr fünf verlieren. Der Eigentümer will sie teurer vermieten.

Zu den Abgehängten auf dem Wohnungsmarkt gehören auch geflüchtete Menschen. Im Landkreis Fulda leben 900 von ihnen noch in Gemeinschaftsunterkünften, weil sie keine Bleibe finden. „Ich weiß gar nicht, wie man das lösen soll“, sagte Özlem-Mine Yazik, die beim Verein Grümel im Projekt Refugeum arbeitet, das Geflüchtete „bei allem Drum und Dran“ unterstützt, so Özlem-Mine Yazik, idealerweise auch beim Umzug in die eigene Wohnung: „Aber viele Vermieter wollen keine Geflüchteten, sind auch durch die Medien negativ beeinflusst. Wir setzten auf Informationsveranstaltungen für Eigentümer und darauf, dass Vermieter ihre guten Erfahrungen mit Geflüchteten an andere weitergeben. Es ist ein Haufen Arbeit“

## Soziale Träger als Zwischenmieter

Um auf dem freien Wohnungsmarkt besonders stark benachteiligte Gruppen mit Wohnraum zu versorgen, kann ein Weg sein, dass soziale Träger als Zwischenmieter fungieren, bei Bedarf verbunden mit einer sozialen Betreuung. Zu den Forderungen des PARITÄTISCHEN Hessen an die neue Landesregierung gehört, dieses Modell mit einem Landesprogramm flächendeckend zu etablieren. Doreen Petri, Geschäftsführerin der Neuen Wohnraumhilfe, stellte in einem der vier Workshops beim Fachtag ein entsprechendes Beispiel aus Darmstadt vor.

Barrierefreies Bauen zu erleichtern und zu fördern, war eine der zentralen Forderungen im Workshop zur Frage „Wie können Menschen mit Beeinträchtigungen zu Wohnraum kommen?“ In einer dritten Gruppe tauschten sich Vertreter\*innen von Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Hessen über Modelle für Wohnen im Alter aus. Tom Best vom Christlichen Sozialwerk Harreshausen stellte das Projekt Eigenständig Leben im Alter (ELIA) vor, ein Baukastensystem mit Hilfeleistungen, damit Senior\*innen möglichst lange in ihrer vertrauten häuslichen Umgebung leben können.

Eine Folge des Wohnraummangels ist, dass die Wohnungslosigkeit bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen stark ansteigt. Astrid Dietmann-Quurck vom Verein Aktion Perspektiven, der seit 50 Jahren benachteiligte Jugendliche unterstützt, berichtete: „Unsere Klienten sind bei der Wohnungssuche in Konkurrenz mit anderen Transferleistungsempfängern und Studierenden. Es klemmt an allen Ecken und Enden.“

# Nur ein Dach reicht nicht aus

Wie kann das Menschenrecht auf Wohnen durchgesetzt werden? Expert\*innen referierten beim Fachtag.

Muslim, schwarz, männlich - aufgrund von rassistischer Diskriminierung seien dies Ausschlusskriterien auf dem Wohnungsmarkt, sagte Prof. Dr. Nivedita Prasad von der Alice Solomon Hochschule Berlin in ihrem Vortrag „Wohnen ist Menschenrecht“. Dabei ist das Recht auf angemessene Unterkunft im Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung verankert und zudem Bestandteil diverser völkerrechtlicher Verträge, etwa dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, dem Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte oder der Kinderrechtskonvention. Die Gleichheit vor dem Gesetz in Bezug auf das Recht auf Wohnung ist auch in der Konvention gegen rassistische Diskriminierung festgeschrieben sowie im Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau.



Prof. Dr. Nivedita Prasad von der Alice Solomon Hochschule Berlin

Der UNO-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hat schon 1991 festgelegt: Nur ein Dach reicht nicht aus, um dem Menschenrecht auf Wohnen Genüge zu tun. Vielmehr geht es um das Recht, in Sicherheit, Frieden und Würde leben zu können, um Sicherheit im Hinblick auf die Wohnverhältnisse, um Schutz vor



Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Gesamtverbands

Zwangsräumungen, Schikanen und anderen Bedrohungen.

Vision und Realität liegen beim Menschenrecht auf Wohnen jedoch weit auseinander, so legte Prof. Dr. Prasad dar. Denn die völkerrechtlichen Vorgaben gehen an der Lebensrealität von wohnungslosen Menschen, armen Menschen, Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften, Menschen mit Behinderungen in Heimen oder Menschen in Psychiatrien vielfach vorbei. Zudem mache die Verletzung des Rechts auf adäquate Unterbringung die Inanspruchnahme anderer Menschenrechte faktisch unmöglich, etwa das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Bildung, wenn Kinder keinen Rückzugsort zum Lernen haben, oder das Recht auf Wahlen bei wohnungslosen Menschen.

Allen Versuchen, das Thema Wohnungsnot rechtspopulistisch auszuschlachten, müsse man entschieden entgegen treten: Denn Menschenrechte sind universal und diese Universalität dürfe nicht in Frage gestellt werden.

Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, lobte in seinem Impuls-Vortrag die Vorreiter-Rolle des PARITÄTISCHEN Hessen beim Thema Wohnen als Menschenrecht und als Initiator der Demo #Mietenwahnsinn-Hessen. Seit den 1990er Jahren sei man „dem neo-liberalen Hype aufgesessen,



Iris Behr vom Institut Wohnen und Umwelt (IWU)

man muss nur bauen, bauen, bauen, dann wird es der Markt schon richten“. Nun stehe man vor einem wohnungspolitischen Scherbenhaufen, so Dr. Schneider: „Wir dürfen Wohnungen nicht mehr als Ware betrachten und müssen den Menschen in den Mittelpunkt stellen.“

„Die Fehler können nicht von heute auf morgen ausgebügelt werden“ sagte Iris Behr vom Institut Wohnen und Umwelt (IWU) und forderte konsistente politische Festlegungen zur Wohnungspolitik, etwa weg vom Verkauf an den Meistbietenden hin zu einer Konzeptvergabe. Zudem sollten Flächen reserviert werden für bestimmte Zielgruppen und Wohnprojekte, und Kommunen sollten ihre Vorkaufsrechte nutzen. In ihrem Vortrag über die Möglichkeiten kommunal- und landespolitischer Regulierung des Wohnungsmarkts nannte sie auch Milieuschutzsatzungen als Instrument: „Sie haben zwar keinen direkten Einfluss auf Mieterhöhungen, es wird aber für Investoren, die schnell Rendite machen wollen, schwieriger.“ Eine kommunale Zweitwohnungssteuer sei ein Instrument gegen die Zweckentfremdung von Wohnungen zur Beherbergung, ergänzte Iris Behr, betonte jedoch: „Solche ordnungspolitischen Instrumente sind notwendig, aber nicht hinreichend. Wir brauchen mehr politischen Mut und einen langen Atem über die Wahlperioden hinaus.“

# Wie weiter in Hessen?

Vertreter\*innen der Landtagsfraktionen diskutierten beim Fachtag über Wege aus der Wohnungsmisere

Ein Drittel oder sogar die Hälfte des Gehalts wird inzwischen in Hessen oft für die Miete ausgegeben. Vom grassierenden Wohnraummangel sind längst auch Haushalte mit mittlerem Einkommen betroffen und die Zahl der Wohnungslosen steigt. Dr. Yasmin Alinahi, Landesgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN Hessen, forderte vor diesem Hintergrund die Vertreter\*innen der Landtagsfraktionen auf, endlich wieder eine soziale Wohnungspolitik zu machen.

Die Parteien auf dem Podium waren sich zwar einig, dass der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ein zentrales Thema ist, ihre Lösungsansätze unterschieden sich jedoch stark. „Es gibt genügend Investoren“, sagte Ulrich Caspar, wohnungspolitischer Sprecher der CDU: „Der Engpass ist die Ausweisung von Bauland. Hier müssen die Kommunen mehr tun.“ Zu hohe bürokratische Anforderungen im Bausektor machte Stefan Müller (FDP) als größte Hürde aus. Bodenspekulation zu bekämpfen, nannte Hans-Joachim Rosenbaum, Schattenminister der SPD für Wohnungsbau, als zentrales Anliegen.

„Der Markt hat es offensichtlich nicht gerichtet“, bilanzierte Marcus Bocklet (Bündnis 90/Die Grünen) und trat für mehr öffentlichen Wohnraum ein. „Mehr sozialer Wohnungsbau ist die beste Mietpreisbremse“, stellte auch Janine Wissler (Die Linke) fest und mahnte, die öffentlichen Wohnungsbau-Gesellschaften sollten kein hochpreisigen Wohnungen mehr bauen, sondern sich auf ihre eigentliche Aufgabe besinnen, die Versorgung mit preiswertem Wohnraum.

Angesichts des demografischen Wandels alternative Wohnprojekte zu fördern, war eine der Forderungen, die beim Fachtag aus den Workshops an die Politiker\*innen herangetragen



Auf dem Podium (von links): Marcus Bocklet (Grüne), Janine Wissler (Die Linke), Moderator Pitt von Bebenburg, Ulrich Caspar (CDU), Stefan Müller (FDP), Hans-Joachim Rosenbaum (SPD)

wurde, flächendeckende Beratungsstellen für von Wohnungslosigkeit bedrohten oder betroffenen Menschen eine weitere. Barrierefreies Bauen war ebenfalls ein Anliegen der Teilnehmer\*innen, die größtenteils aus Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Hessen kamen. Der Vorschlag, Mieterhöhungen auf den Inflationsausgleich zu begrenzen, stieß in der von Pitt von Bebenburg von der Frankfurter Rundschau moderierten Diskussionsrunde auf ein geteiltes Echo. SPD-Vertreter Rosenbaum nannte sie „revolutionär“, FDP-Mann Müller gab sich skeptisch: Dieses „schwierige Signal“ werde die Motivation, neue Wohnungen zu schaffen, nicht steigern. Ulrich Caspar von der CDU zog gar einen Vergleich zur NS-Zeit und zur DDR, wo es Ähnliches schon gegeben habe, mit der Folge, dass die Wohnungsbestände verfallen seien: „Ohne Mietsteigerung gibt es keinen Grund zu modernisieren und zu investieren.“ Sein Credo: „Mehr Wohngeld, das hilft den Menschen wirklich.“

Janine Wissler konterte, es sei „ein eigenwilliger Ansatz, dass die Rendite der Vermieter im Interesse der Mieter ist“ und ergänzte: „Das Wohngeld stammt aus öffentlichen Kassen und wandert direkt in die Taschen privater Vermieter.“

Marcus Bocklet sagte, Mietsteigerungen müssten anlassbezogen sein und warnte in seinem Schlusswort vor „populistischem Geplapper“ beim Thema Wohnen. Janine Wissler lobte den politischen Druck durch Mieterinitiativen, Bürgerbegehren und Demonstrationen. Ulrich Caspar schlug vor, beim kommunalen Finanzausgleich Städte und Gemeinden zu bevorzugen, die Bauland ausweisen. Stefan Müller (FDP) setzte auf „bauen, bauen, bauen“ sowie auf eine Stärkung der Infrastruktur im ländlichen Raum und Hans-Joachim Rosenbaum sagte, die SPD wolle 100.000 Quadratmeter landeseigene Fläche in Erbpacht für „mustergültige Quartiere“ zur Verfügung stellen.